

Die Unibrennt noch nicht genug!

KAPITALISTISCHE UNIVERSITÄTEN, STUDIERENDENPROTESTE UND PERSPEKTIVEN EMANZIPATORISCHER BILDUNG

Von Marisol Sandoval, Thomas Allmer,
Sebastian Sevignani, Verena Kreilinger

In den vergangenen Monaten haben Studierende weltweit gegen Missstände im Bildungssystem protestiert. Ähnliche Erfahrungen lösen ähnliche Reaktionen aus. Die Probleme an den Universitäten sind offensichtlich: Studiengebühren, Knock-out Prüfungen, überfüllte Hörsäle, mangelnde Mitbestimmungsmöglichkeiten für Studierende, Unterfinanzierung, prekäre Dienstverhältnisse, etc.

Wer ist schuld daran? Hat der Bildungsminister versagt, oder die Regierung? Ist das Rektorat dafür verantwortlich? Oder sind die Studierenden selber schuld? Die genannten Probleme im Bildungsbereich können nicht alleine auf individuelles Versagen reduziert werden, sondern sind auch Ausdruck des Kapitalismus als Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Daher ist es notwendig, die Rolle von Bildung im Kapitalismus zu analysieren, zu kritisieren und Perspektiven einer emanzipatorischen Bildung und Gesellschaft aufzuzeigen.

Die Universität im Kapitalismus: Ökonomisierung als Enteignung

Nicht erst in Zeiten des Neoliberalismus wurde die Wissenschaft in den Dienst des Kapitals gestellt. Von der Erfindung der Dampfmaschine bis hin zur Entwicklung moderner Computertechnologien war wissenschaftlicher Fortschritt immer die Basis für Produktinnovationen sowie Produktivitätssteigerungen und somit für kapitalistisches Wachstum. Daher verwundert es nicht, dass einer der vier Schlüsselbereiche der Lissabon-Strategie, deren erklärtes Ziel es ist,



die EU „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen“, die „stärkere Zusammenarbeit zwischen Forschungsinstituten, Universitäten und Unternehmen“ ist. Eine solche Zusammenarbeit wird z.B. durch die Forschungsförderungsprogramme der EU vorangetrieben. Die sogenannten Drittmittel werden zunehmend zentral für die Finanzierung universitärer Forschung. So hält zum Beispiel die Universität Salzburg im aktuellen Entwicklungsplan für die Jahre 2009-2012 fest: „Weitere Steigerungen der Drittmittelinwerbung gehören auf jeden Fall zu den Zielen der Universität“. Auch im siebten EU Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung „wurden einige Teile [...] ausdrücklich auf die Bedürfnisse des privaten Sektors hin gestaltet“.

Durch die Orientierung an den Bedürfnissen der Privatwirtschaft werden jene wissenschaftlichen Disziplinen, die in der Lage sind, direkt ökonomisch verwertbares Wissen zu produzieren (wie z.B. die Natur- und Technikwissenschaften), bei der Vergabe von Forschungsgeldern ebenso bevorzugt, wie angewandte Forschung gegenüber der Grundlagenforschung. Gesellschaftskritische die kapitalistische Logik grundsätzlich hinterfragende Wissenschaft wird dadurch marginalisiert. Indem Forschung an Universitäten zunehmend durch Drittmittel finanziert wird, werden diese in den Dienst von Unternehmen gestellt und das produzierte Wissen in Privateigentum überführt, anstatt der Öffentlichkeit gratis zur Verfügung zu stehen.

Wenn an öffentlichen Universitäten produziertes Wissen privat angeeignet wird, wird es der Gesellschaft enteignet.

Anstatt, wie Brecht es formulierte „die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern“, dient Wissenschaft dann der Erleichterung der privatwirtschaftlichen Gewinnmaximierung. Durch wissenschaftliche Innovationen möglich gewordene Produktivitätssteigerungen erhöhen den Profit weniger Unternehmer_innen, anstatt das Leben vieler Menschen zu erleichtern. Kapitalistisch angeeignet ist Wissen daher nicht nur Macht, sondern auch Herrschaft, da es zur Reproduktion gesellschaftlicher Ungleichheiten beiträgt.

Die Universität war nie frei von Kapitalinteressen. Während die Universitäten einst der Bildung einer kapitalistischen Elite dienten, soll sie heute in Gestalt der Massenuniversität auch kompetente, effiziente und flexible Wissensarbeiter_innen ausbilden. Pflichtpraktika, Lehrbeauftragte aus der Privatwirtschaft, inhaltliche Praxisverbundenheit in Form von ausbildungsorientierter Kompetenzvermittlung sowie die Einrichtung wirtschaftsnaher Aufbaustudiengänge verweisen auf die tendenzielle Anpassung der universitären Lehre an die Bedürfnisse der Wirtschaft. Ökonomische Verwertbarkeit im Kapitalismus steckt so einen Rahmen ab, innerhalb dessen sich Denken bewegen kann. Dadurch wird der Raum für Reflexion und kritisches Denken beschränkt. Der Einfluss der Wirtschaft wird besonders deutlich, wenn ganze Studiengänge in großem Ausmaß von privatwirtschaftlichen Interessensvertretungen mitfinanziert werden, wie z.B.



beim Bachelorstudium Ingenieurwissenschaften an der Universität Salzburg durch finanzielle Unterstützung der Industriellenvereinigung.

Die Universität im Kapitalismus: Bildung als Systemstabilisierung

Betroffen von der zunehmenden Ausrichtung eines Universitätsstudiums an Kriterien wirtschaftlicher Verwertbarkeit ist allerdings nur, wer überhaupt Zugang zur Universität hat. Die soziale Selektion und Differenzierung im Bildungssystem hat ihren Ursprung bereits vor dem Eintritt in das Hochschulwesen in Klassenzugehörigkeit, Sozialisation und verfügbarem Kapital. Universitäten fungierten einst dahingehend selektiv, dass sie vorrangig nur einer elitären Klasse zugänglich waren. Obgleich gewisse soziale Errungenschaften der letzten Jahrzehnte elitäre Hochschulbildung passe erscheinen lassen, finden sich aktuell soziale Differenzierungen bei Studiengebühren sowie versteckten Zugangsbeschränkungen auf allen Ebenen wieder. Die Massenuniversitäten als unterfinanzierte öffentliche Einrichtungen wurden nun per Universitätsgesetz in die Scheinautonomie befördert, um den finanziellen Mangel selbst zu verwalten. Mittels Leistungsvereinbarungen wird versucht, Bildung auf eine quantitativ messbare Ware zu reduzieren. Inneruniversitäre demokratische Mitbestimmungsrechte wurden weitgehend wegrationalisiert und durch autoritäre Entscheidungsstrukturen ersetzt.

Dabei wurde einzelnen Individuen die Möglichkeit eingeräumt, über ganze Forschungs- und Lehrinrichtungen zu entscheiden. Darüber hinaus fördert die fortschreitende Einteilung der Hochschulen in Fachbereiche und Disziplinen fragmentiertes Detailwissen. Dadurch werden Möglichkeiten der Abstraktion und der gesamtgesellschaftlichen Betrachtungsweise bereits im Keim erstickt. Den Studierenden wird zudem ein beständig stärker vorstrukturierter Lehrplan mit wenigen Wahlmöglichkeiten vorgelegt, dem sie sich unterzuordnen haben. Sowohl die Universität selbst, als auch die Lehrenden und Studierenden werden dabei nach dem Leistungsprinzip beurteilt. Benchmarking und internationale Rankings quantifizieren diesen Trend in Statistiken und Tabellen.

Aufgrund der Hoffnung durch einen Universitätsabschluss der realen Gefahr von Prekarisierung zu entgehen, folgen wir Studierende dem stillen Zwang der Unterordnung und Disziplinierung und verinnerlichen fremde Ziele als unsere eigenen. Auf inhaltlicher Ebene nehmen Universitäten eine entscheidende ideologische Rolle der Systemstabilisierung und Herrschaftslegitimierung ein. Der Glaube an Objektivität, wissenschaftliche Neutralität und Werturteilsfreiheit führt letztendlich dazu, sich dem geltenden Wertesystem unterzuordnen und verkennt bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Wissenschaft verfährt vorrangig mit positivistischer Faktizität und standardisierten, instrumentellen Methoden. Denken wird auf das Niveau industrieller Prozesse reduziert und wehrt sich gegen Komplexität und Widersprüchlichkeit. Die Universitäten haben tendenziell affirmativen Charakter und fördern Herrschaftswissen. Gesellschaftliche Veränderung wird, wenn überhaupt, nur im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung formuliert. Reformistische Ansätze dienen der Absicherung als „kritische Wissenschaft“ und können in Politikberatung umschlagen. Solange sich gesellschaftskritische und emanzipatorische Wissenschaftsansätze im marginalen Bereich bewegen, werden sie im besten Fall geduldet, ignoriert oder aber wegrationalisiert und durch verwertbare und marktkonforme Einrichtungen ersetzt: Die gesellschaftskritische eTheory-Unit

am ICT&S Center wurde vom Rektorat geschlossen und hat nun einem Christian-Doppler-Labor Platz gemacht, welches jeweils zur Hälfte von der Christian Doppler Gesellschaft und den beiden Industriepartnern AUDIO MOBIL und Infineon finanziert wird. Eine kritische Betrachtung der Forderungen ist notwendig! Vor dem Hintergrund der Analyse von Bildung im Kapitalismus müssen die fünf Hauptforderungen der Studierendenproteste 2009 erneut betrachtet werden:

„Bildung statt Ausbildung“

Diese Forderung richtet sich gegen die neoliberalen Umbaumaßnahmen an den Universitäten, die sie selbst aber auch vorantreibt. „Ausbildung“ wird durch „Bologna“ zu euroimperialistischen Zwecken instrumentalisiert, d.h. zur Ausdehnung des Einflusses europäischer Kapitaleigner_innen auf andere Kontinente mittels eines Vorsprungs durch Wissen.

Die Stoßrichtung dieser Forderung ist unterstützenswert, denn die Neoliberalisierung ist ein Prozess zur Zerstörung jener sozialer Strukturen, die noch in der



Freiwillige Unterordnung damals... und heute?

Lage sind, der Logik des reinen Marktes und damit dem Ziel des privaten Profits zu widerstehen. Jedoch gibt der anvisierte Bildungsbegriff und auch die Entgegensetzung von Bildung und Ausbildung Anlass zur Kritik: Die Zielperspektive kann nicht das bürgerliche Bildungsideal als Freiheit der Forschung und Lehre sein, denn dieses erwies sich als ökonomisch funktional für den Kapitalismus. Außerdem betrachtet der bürgerliche Bildungsbegriff die realen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht und wurde durch die Distanz von der gesellschaftlichen Praxis ideologisch. Insofern muss man zu einer anderen Positionierung kommen: Bildung ist das reflektierende, sich selbst im größeren Zusammenhang verortende Bewusstsein, Ausbildung hingegen ist das Erlernen von rechtem Mittel-Einsatz für einen bestimmten Zweck. Heute geht in die Ausbildung der Zweck ein, dass aus Geld mehr Geld werden muss. Bildung hat also erstens die Aufgabe, diese (klassen-)herrschaftliche Zweckbestimmung bewusst zu machen.

Zweitens muss sie an die Praxis angebunden bleiben. Ziel ist eine Änderung des Inhalts der Bildung und eine veränderte Zweckbestimmung der Ausbildung im Sinne der Vereinbarkeit von Individual- und Gemeinwohl.

Beendigung der prekären Dienstverhältnisse an den Universitäten

Prekäre Dienstverhältnisse sind Anstellungen mit niedrigem Lohn, mangelndem arbeits- und sozialrechtlichen Schutz, geringer Arbeitsplatzsicherheit, geringer Entwicklungsperspektive und geringen Möglichkeiten zur Interessenvertretung. Dies führt dazu, dass die prekär Arbeitenden widerständige und kollektive Organisationsstrategien, wie die Mitgliedschaft in Gewerkschaften, als nicht sinnvoll erachten. Der eigentliche Grund von Prekarisierung ist in der kapitalistischen Produktionsform eingebaut: Er liegt begründet im notwendigen Druck auf die Lohnarbeit seitens der Kapitalist_innen, um ein Maximum an Profit zu generieren und zum anderen um auch weiterhin Lohnarbeitende für die kapitalistische Produktion zur Verfügung zu haben. Die Erfüllung dieser Forderung brächte Verbesserungen für die Betroffenen. Um aber die Ursachen der Prekarisierung zu beseitigen, müsste sie einerseits auf alle prekär Beschäftigten ausgeweitet und andererseits radikalisiert werden. An den Universitäten müssen die prekären Dienstverhältnisse mit dem spezifisch produzierten Wissen in Zusammenhang gebracht werden: Die prekär Arbeitenden sind in gleichem Maß austauschbar und müssen dies sein, wie auch das instrumentelle Wissen, welches spezifisch auf Auftrag produziert wird und in Geld umtauschbar sein muss. Die Forderung muss daher mit einem inhaltlichen Auftrag an die Universitäten verbunden werden, den gesellschaftlichen Zusammenhang von Prekarisierung zu erforschen und zu lehren.

Freier Hochschulzugang – gegen Zugangsbeschränkungen

Wissen ist seinem Wesen nach Gemeingut und immer bereits gesellschaftlich produziert, es gewinnt durch Teilung. Daher müssen grundsätzlich alle Menschen an Wissen partizipieren. Und genau damit muss unser selektives Schul-, Hochschul- und Bildungssystem konfrontiert werden. Zugangsbeschränkungen zu Wissen sind ein Machtmittel „Wissender“ und dienen der Aufrechterhaltung hierarchisch organisierter gesellschaftlicher Arbeitsteilung, die (neben dem Privateigentum an Produktionsmitteln, zu dem Wissen zunehmend wird) eine Grundbedingung von kapitalistischer Herrschaft von Menschen über Menschen darstellt. Darüber hinaus sind Zugangsbeschränkungen faktisch eine Möglichkeit, die Universitäten unter zu finanzieren. Diese Forderung kann jedoch leicht durch die herrschenden Verhältnisse vereinnahmt werden: Beispielsweise durch eine Verschiebung der Selektion, so dass der Hochschulzugang zwar grundsätzlich frei ist, aber die Selektion mittels der erreichbaren Abschlüsse vorgenommen wird. So entsteht mit dem Bachelor ein Billigstudium für eine Sub-Elite bei gleichzeitiger Erhaltung einer „Exzellenz“ in den Master- und Doktoratsstudiengängen sowie an „Spitzen-Universitäten“, die als entsprechend entlohnte Elite auch weiterhin wichtige ökonomische und legitimatorische Funktionen im Kapitalismus übernimmt. Die Differenzierung der Studienabschlüsse ist deshalb kapital-logisch, weil sie erstens eine Verkürzung der Studiendauer und damit eine Verbilligung ermöglicht, sie zweitens Arbeitskräfte früher in die Konkurrenz des Arbeitsmarkts entlässt und dort dann auch länger ausgebeutet werden können. Insgesamt wird so der Druck auf die Löhne und damit die zu erwartenden Profite erhöht.

(Re-)Demokratisierung der Universitäten

Die Forderung nach (Re-)Demokratisierung bezieht sich auf ein gleiches Mitspracherecht aller an der Universität beteiligten Gruppen in Belangen der Orga-



v.l.: Rektor Heinrich Schmidinger, Landeshauptfrau Mag. Gabi Burgstaller, Universitätsprofessor Manfred Tscheligi (sitzend), ICT&S Centerleiterin Dr. Ursula Maier-Rabler, Mag. Monika Kircher-Kohl (Infineon) und Ing. Thomas Stottan (AUDIO MOBIL) bei der Eröffnung des Christian Doppler Labors am ICT&S Center, Dezember 2009.

nisation und Ausrichtung „ihrer“ Universität. Beklagt wird vor allem der seit 1975 stetig beschnittene Einfluss der Studierenden. Eine Forderung des „Zurück zu früher“ übersieht, dass selbst anerkannte demokratische Verfahren im Kapitalismus nicht verwirklicht sind. Ist ein privatwirtschaftlich organisiertes Unternehmen demokratisch? Bedeutet nicht gerade das Privateigentum an Produktionsmittel eine immense Ausnahme von der Mitbestimmung in einem wesentlichen Bereich des Lebens? Das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus muss also untersucht und dessen Funktionalität bewertet werden.

Demokratie sollte als breites partizipatives Gesellschaftsprinzip verstanden werden, welches alle gesellschaftlichen Teilbereiche umfasst, also auch die Ökonomie. Mitbestimmung in der Universität muss sich auch auf die ihr zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel beziehen. Voraussetzung eines inhaltlich gefüllten Demokratiebegriffs ist eine gesellschaftliche Produktion, in der die Bedürfnisse aller Menschen befriedigt werden, die lebensnotwendigen Güter für alle

Quelle: bildungsstreik-ffm.de



Während eines Seminars zum kritischen Bildungsbegriff kommt es zur gewaltsamen Räumung des Casinos an der Uni Frankfurt

frei verfügbar sind und die Produktion selbst gemeinsam kontrolliert wird. Entscheidungen werden von allen Betroffenen in einem basisdemokratischen Prozess gemeinsam getroffen. Der Kapitalismus aber formt politische Entscheidungsprozesse im Widerspruch zu diesem Demokratieverständnis. Dennoch bestehen im vorherrschenden Gesellschaftssystem und an den Universitäten partizipativ-demokratische Strukturen, für deren Ausbau und Vertiefung gekämpft werden muss. Ausbau und Vertiefung bedeutet dann die Gestaltung

der Rahmenbedingungen einzelner Entscheidung und eben nicht die demokratische Verwaltung undemokratisch entstandener Sachzwänge.

Ausfinanzierung der Universitäten

Eine Ausfinanzierung und eine weitergehende Ausstattung der Universitäten hinsichtlich des Ziels einer Bildung für alle ist möglich. Das Geld hierfür ist in der Gesellschaft vorhanden. Budgetumverteilungen und die Besteuerung von Reichtum sind realistische Mittel zur Erfüllung der Forderung. Es stellt sich aber dann notwendig die Frage: Was wird finanziert? Die kapitalistisch-funktionale Exzellenz-Universität? Vielmehr sollte gesellschaftskritische Forschung und Lehre finanziert werden. Das bedeutet eine massive Förderung kapitalismus-, rassistischer und sexistischer Inhalte sowie eine breite Aufarbeitung der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit und deren Fortwirkung bis heute. Auf Basis dieser Erkenntnisse kann eine intensive Forschung zu alternativen Formen der Vergesellschaftung erfolgen, welche den Individuen allererst die Möglichkeit für eine intellektuelle Entwicklung durch Reduzierung und Verteilung der zu leistenden Arbeitszeit lässt. Auf der anderen Seite soll dann die Finanzierung der oben beschriebenen ökonomisierten Wissensproduktion gestoppt werden. So würde der Vorschein einer gemeinsam getragenen UNI-versität zu seiner Realität kommen.

Perspektiven emanzipatorischer Bildung

„Nur belehrt von der Wirklichkeit können wir die Wirklichkeit ändern“ (Brecht)

Der vorherrschenden Wirklichkeit eines konformistischen Bildungs- und Wissenschaftssystems gilt es den Entwurf eines emanzipatorischen Bildungsbegriffs und einer demokratischen Universität entgegen zu stellen. Emanzipatorische Bildung trägt das Moment der Veränderung der Gesellschaft in sich, indem sie die Menschen befähigen soll, sich ihrer selbst bewusst zu werden und die Gesellschaft, in der sie leben, kritisch zu hinterfragen, sich gegen sie aufzulehnen und ihr alternative Möglichkeiten entgegenzusetzen. Ziel ist eine zur vollen Entfaltung und Freiheit gelangte

Menschheit, in der die Individuen ihre kreativen, künstlerischen, intellektuellen und sozialen Fähigkeiten verwirklichen können. Wissen darf nicht, reduziert auf eine Ware, seiner systemkritischen Möglichkeit beraubt und der privaten Aneignung überlassen werden. Als gesellschaftliches Eigentum muss es auf partizipativen Formen der Produktion, Aneignung und Vermittlung basieren. Bildung muss frei und als Gemeingut allen Menschen gleichberechtigt zugänglich sein. Die Universität als Organ der Emanzipation muss frei von autoritären Weisungen und hierarchischen Strukturen demokratisch verfasst sein und nicht nur Stätte für freies Denken und gesellschaftliche Emanzipation, sondern auch Lebens- und Freiraum, sein. Hierzu bedarf es der Unabhängigkeit der Universitäten von Staat und Ökonomie. Forschung, Lehre und Praxis müssen synergetisch die Bildung kritischen Bewusstseins, die Kultivierung des Intellekts, aber auch die Ausbildung konkreter Fähigkeiten fördern. Um sich dem Ziel einer emanzipatorischen Bildung anzunähern, müssen der inhärent politische Charakter von Bildung sowie die hegemonialen Aspekte von Wissensproduktion in einer grundsätzlichen Wissenschafts- und Gesellschaftskritik reflektiert werden. Dazu gibt es in der bestehenden Praxis der Universitäten bereits Ansätze, deren Ausbau und Vertiefung mögliche Sprengkraft besitzen. Vereinzelt Enklaven kritischer Forschung setzen bereits heute das Fundament für einen breiteren kapitalismuskritischen Diskurs. Um über den universitären Rahmen hinaus zu wirken, sollten Studierende und Lehrende diesen Diskurs ausweiten und an die Praxis alter und neuer sozialer Bewegungen anknüpfen.

Weitermachen!

Probleme im Bildungssystem müssen in ihrem gesellschaftlichen Kontext betrachtet werden. Eine freie Bildung kann es nur in einer freien Gesellschaft geben. Um das zu erreichen bedarf es den Mut zur Utopie. Durch die Besetzung eines Hörsaals haben die Studierenden in Salzburg einen Raum geschaffen, um über eine wünschenswerte Bildung und Gesellschaft nachzudenken. Nun gilt es Mut zu beweisen und diese berechtigten Wünsche nicht durch das Kriterium einer systemimmanenten Realisierbarkeit einzuschränken.

Was realisierbar ist, erweist sich in politischen Kämpfen, d.h. Besetzungen, politischer Parteinahme, Demonstrationen, Streiks, Protesten ... „Weitermachen!“